



**syndicom**

GEWERKSCHAFT MEDIEN UND KOMMUNIKATION  
SYNDICAT DES MÉDIAS ET DE LA COMMUNICATION  
SINDACATO DEI MEDIA E DELLA COMUNICAZIONE  
SINDICAT DA LAS MEDIAS E DA LA COMMUNICAZIUN

# Die Ökonomie des Service public

Kongress 2021

**Impressum:**

© syndicom, Monbijoustrasse 33, Postfach, 3001 Bern

1. Auflage Oktober 2021

Autor: Daniel Münger

Übersetzung: Service de traduction

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

## **Inhalt**

<b>Zur politischen Ökonomie des Service public .....</b>	<b>2</b>
<b>Wenn die Staaten einige Regeln ändern.....</b>	<b>4</b>
<b>Drei Gründe .....</b>	<b>5</b>
<b>Beispiel: Die Pferdeäpfel-Theorie .....</b>	<b>7</b>
<b>Der Investitionsstreik des privaten Kapitals.....</b>	<b>7</b>
<b>Die ökonomische Bedeutung des Service public .....</b>	<b>8</b>
<b>Der letzte Investor – und seine Probleme .....</b>	<b>9</b>
<b>Die 3 Quellen des Geldes .....</b>	<b>10</b>
<b>Der Service public ist der richtige Motor.....</b>	<b>11</b>
<b>Anhang 1: Der Mythos von der Corona-Schuld.</b>	
<b>Die Fakten zu den Schulden der Eidgenossenschaft .....</b>	<b>12</b>
<b>Anhang 2: Unterbeschäftigung.....</b>	<b>16</b>
<b>Anhang 3: Das ideologische Gerümpel in unseren Köpfen wegräumen .....</b>	<b>17</b>

## Zur politischen Ökonomie des Service public

Kaum je war ein Zeitpunkt günstiger, die Stärkung des Service public durchzusetzen. Und ihn in Teilen neu zu erfinden. Das ist notwendig, weil die wiederholten ökonomischen Krisen, die wachsende Erwerbslosigkeit, die beschleunigte Digitalisierung und die ökologische Situation neue Bedürfnisse der Bevölkerung schaffen, auf die nur die Öffentliche Hand antworten kann. Unsere These, der Moment sei günstig, scheint vorerst kühn, denn die rechte Mehrheit in Parlament und Bundesrat geht gerade daran, die Schweiz mit dem nächsten rabiaten Sparplan zu überziehen. 30 Milliarden Franken sollen in den kommenden sechs Jahren aus dem Staatshaushalt herausgepresst werden, verlangte der SVP-Finanzminister im Juni 2021. *Geplant sind tiefe Schnitte in die Öffentlichen Dienste und die Sozialversicherungen. Und beschleunigte Privatisierungen.* Die Beschlüsse dafür sollen spätestens im Juni 2022 (Sommer-session) festgezurrert sein. Es ist die Rolle der Gewerkschaften, den neoliberalen Zerstörern des Service public rechtzeitig in den Arm zu fallen.

**Dafür müssen wir zwei Dinge tun:**

- **Die Schulden-Lüge demaskieren und hohen politischen Druck aufbauen.**
- **Unser Projekt eines verstärkten neuen Service public, wie wir es in unserem Service-public-Papier<sup>1</sup> skizziert haben, anschaulich und konkret präzisieren (also auch beziffern) und dieses Projekt ins Zentrum der öffentlichen Diskussion rücken.**

*Es bleibt uns wenig Zeit, um zu verhindern,  
dass der Service public kaputtgespart wird.*

Als Vorwand dient den Rechten die «Covid-Schuld». Also die Sonderaufwendungen der Öffentlichen Hand, um die Schweiz ohne Massenpleiten, Arbeitslosenheere und noch mehr Seuchentote durch die Krise zu bringen. Um diese neuen Schulden wird Panik geschürt. Doch die ökonomische Wahrheit ist: *Die Schulden der Eidgenossenschaft sind tief, sechsmal tiefer als in der EU*, wie wir weiter unten in handfesten Zahlen zeigen. Selbst nach Covid werden die Nettoschulden des Bundes im Jahr 2024, sagt das Finanzdepartement, *weltrekordtiefe 10 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP)<sup>2</sup> netto nicht überschreiten.* Siehe dazu: «Der Mythos von der Corona-Schuld. Die Fakten», Anhang 1.

Wie sagte im Februar 2021 der abtretende Direktor der Finanzverwaltung, Serge Gaillard: «*Wir können gelassen mehr Schulden machen.*»

*Das «Schuldenproblem» ist eine Lüge.  
Serge Gaillard: «Wir können gelassen mehr Schulden machen.»*

Doch was kümmert die Rechte schon die Realität? Seit die Neoliberalen vor vierzig Jahren das Kommando über Politik, internationale Organisationen, Medien und die Universitäten übernommen haben, sind die Schulden ihr Totschlag-Argument, um den Service public zu

---

<sup>1</sup> «Unser Service public: modern und krisentauglich»

<sup>2</sup> Nur die erdölproduzierenden Länder und das Grossherzogtum Luxemburg haben keine (oder noch tiefere) öffentlichen Schulden.

demontieren. Also die öffentliche Hand handlungsunfähig zu machen. Und die Steuern für die Banken, Konzerne und Reichen gegen null zu senken. Da kommt ihnen das Virus gerade recht.

*Der Sparwahn folgt keiner ökonomischen Logik.  
Er ist rein politisch.*

Für die Austerität werden schon mal die Zahlen frisiert. Eine offizielle Untersuchung der Eidgenössischen Finanzkontrolle zeigte: Mit falschen Budgets ist es SVP und FDP gelungen, in der Schweiz regelmässig Sparpakete durchzusetzen, fünf Phasen der Austerität<sup>3</sup>, für die es in Wahrheit keine Rechtfertigung gab.<sup>4</sup> Auch der neue Sparbefehl folgt keiner volkswirtschaftlichen Logik – er ist ein rein politisches Projekt. Eine neoliberale Offensive. So flunkerte die NZZ, das Zentralorgan des Kapitals, schon im Frühjahr 2020 mit fetten Lettern von einem «Seuchen-Sozialismus», den es schnell zu beenden gelte: «Nach der Corona-Krise braucht es weniger Staat, nicht mehr.» Logisch: Die Besitzenden wollen sich nicht an der kollektiven Anstrengung gegen die Krise beteiligen. Sie drängen auf weitere Steuersenkungen für Gewinne, Vermögen, Wertpapiergeschäfte. Der *Stempelsteuerbeschluss* war nur ein Anfang.

*Die Aktionär\*innen sind die Seuchen-Gewinner.*

Ohnehin sind sie die grossen Covid-Gewinner. Während Hunderttausende von Arbeitenden mit 20 Prozent weniger Lohn leben mussten, viele sogar Lohn und Brot ganz verloren<sup>5</sup> und Ungezählte um ihren Job bangen müssen, haben die *30 grössten Schweizer Konzerne 2021 ihren Aktionär\*innen fast 40 Milliarden Franken Dividenden ausgeschüttet, und noch einmal viele Milliarden via Aktienrückkaufprogramme. 27 dieser Konzerne haben Covid-Hilfen bezogen.* Unterm Strich kassierten ihre Besitzer\*innen in einem einzigen Seuchejahr rund 70 Milliarden – *etwa gleich viel, wie die gesamte langfristige Netto-Schuld der Eidgenossenschaft beträgt.* Die Krise hat sie noch einmal immens viel reicher gemacht. Auch dank der Geldschwemme, mit der die SNB den Finanzplatz (Börsen inklusive) geflutet hat. «Seuchen-Sozialismus?»



<sup>3</sup> Entlastungsprogramm 2003, Entlastungsprogramm 2004, Konsolidierungsprogramm 2012/13, Ausgabenüberprüfungspaket 2014, Stabilisierungsprogramme 2017–2019.

<sup>4</sup> Diese Methode benützen die rechten Parteien immer wieder, etwa um die AHV schlechtzureden.

<sup>5</sup> Die Arbeitslosigkeit ist stärker gestiegen, als die offizielle Statistik sagt. Signifikant ist die Unterbeschäftigung insgesamt: **12,5 Prozent** der «Arbeitskräfte» würden gerne arbeiten oder mehr arbeiten (siehe Grafik, Anhang 2).

## Wenn die Staaten einige Regeln ändern

Genauer betrachtet aber, hat der Schweizer Staat gegen die Krise nur das notwendige Minimum dessen getan, was die Bevölkerung in einer Pandemie und unter Lockdowns von der Öffentlichen Hand erwarten darf. Zwar hat er das Kapital reich bedient. Die Hauptlast der Epidemie aber hat er den Front-Arbeitenden des Service public aufgebürdet (Krankenhäuser, Logistik, öffentlicher Verkehr, Care, Netze, Kuriere ...). Ohne dafür zu sorgen, dass sich deren Arbeitsbedingungen verbessern: *In den «Rettungspaketen» der Eidgenossenschaft steckt kein einziger Rappen Investitionen in die Zukunft.*

*In den Covid-Paketen der Eigenossenschaft  
steckt kein einziger Rappen Investition in die Zukunft.*

Warum also sollte dieser Moment für die Stärkung der Öffentlichen Dienste günstig sein? In der Schweizer Politik kommt erst mit einiger Verzögerung an, was derzeit in den grossen Wirtschaftsblöcken USA und EU geschieht. Die Rolle der Öffentlichen Hand<sup>6</sup> in Wirtschaft und Gesellschaft wird gerade neu definiert. Es bahnt sich ein *Paradigmenwechsel* an. Unsere Aufgabe ist es, *diese neue Rolle der Öffentlichen Hand auch in die öffentlichen Debatten der Schweiz zu tragen.*

*Der Staat muss kein Geld verdienen.  
Er muss es klug ausgeben.*

Die Wende zeigt sich in der Analyse der exorbitanten Investitionspakete, welche diverse Staaten derzeit auf den Weg bringen. Sie rechnen sich nicht mehr in Millionen oder Milliarden, sondern in Billionen, also in Tausenden von Milliarden. Auch manche Ökonomen kommen mit solchen Zahlen nicht mehr klar.

Interessant ist die Zusammensetzung dieser Programme. Da ist, logisch, die Covid-Nothilfe (das System vor dem Erstickungstod bewahren), dann, wie gehabt, die Krisenrettung von Banken, Finanz und Konzernen. Zählt man das Geld der Zentralbanken mit, erreicht sie heute historische Ausmasse. Das Kapital hat den Staat nicht erst seit 2008 zunehmend in seine Dienste gestellt. Überraschender hingegen ist: In den Paketen stecken auch beträchtliche Summen für Infrastrukturen und die Öffentlichen Dienste. Für Erziehung und Bildung, sozialen Wohnungsbau, die Gesundheitssysteme. Für die Sicherung der Sozialsysteme. Für Beschäftigung und höhere Mindestlöhne. Für die Steuerung der beschleunigten Digitalisierung. Und vor allem für den dringenden ökosozialen Umbau. Je nachdem mehr oder weniger, die Programme divergieren stark. Aber das ist ein klarer Bruch mit der neoliberalen Theologie.

*Big Government kommt zurück.*

---

<sup>6</sup> BEGRIFFLICHES: Sobald der Staat agiert, wird er zur Öffentlichen Hand. Die wiederum setzt sich aus der Verwaltung, der Politik und dem Service public zusammen. Der Service public ist Gemeinbesitz. Einen Teil der Aufgaben des Service public können, unter genau definierten Bedingungen, auch nicht-staatliche Akteur\*innen leisten.

Noch nicht klar ist heute, wie weit das am Ende gehen wird. Doch es kontrastiert heftig mit den Absichten und Taten des Bundesrates. Die Schweizer Politik lehnt Investitionsprogramme ab. Solche, die den Service public aufwerten, sowieso. Banken und Konzerne wollen, dass der Staat sie subventioniert, rettet, garantiert, sogar ihre Löhne übernimmt – sich aber völlig aus allen Entscheiden raushält. Gehorsam vollzieht die Schweizer Politik diese Wünsche. Das Parlament wollte nicht einmal Gegenleistungen für die Überbrückungshilfen (Arbeitsplatzgarantien ...) einfordern. Die Politik hat abgedankt.

In den 1990er-Jahren hatte US-Präsident Bill Clinton dekretiert, von nun an regiere das Kapital allein: «Big Government is over». Heute meldet der neue US-Präsident Joe Biden, die gestaltende Öffentliche Hand sei zurück. Darüber werden in den USA und in der EU gerade erregte Debatten geführt, meist auf dem Umweg über die Budgets.

Setzt sich diese Verschiebung in den kommenden Monaten durch, wird die Schweiz ihre Position als letzte neoliberale Bastion nicht lange halten können. Dann reichen Absichtserklärungen, Steuersenkungen und Laissez-faire nicht mehr (das reichte übrigens nie, wie die Desindustrialisierung der Schweiz beweist). Überlässt der Bundesrat etwa die Digitalisierung weiter den privaten Konzernen, sind wir bald, was manche Banker schon explizit wünschen: ein Alpen-Singapur, eine Dienstleistungshölle für die Besitzenden dieser Welt.

## Drei Gründe

Kalkül und die Einsicht in die schiere Notwendigkeit treiben die US-amerikanischen und europäischen Regierenden zu ihren Billionen-Programmen.

- Internationale Machtverschiebungen: Sie möchten den Aufstieg Chinas und das globale chinesische Projekt «Neue Seidenstrasse» bremsen.
- Eine multiple Krise: Die simple Erklärung, die Lage sei dem Coronavirus geschuldet, das wie eine altägyptische Plage über uns gekommen sei, täuscht niemanden mehr. Die Besitzenden und ihre Systemmanager wissen, dass die Krise viel früher begonnen hat – und dass sie nicht nur «ökonomisch» ist. Oder, wie das in Bern niedlich heisst, nur ein «konjunkturelles» Problem.<sup>7</sup> Das Virus wirkt vielmehr wie ein Kontrastmittel. Es macht ältere und tiefere Verwerfungen deutlich. Vier Jahrzehnte neoliberaler Zerstörung haben den Kapitalismus verschärft. Heute bringen ihn die Krise des Welthandels, der Banken und des Finanzsystems, kombiniert mit einer tiefen sozialen und politischen Krise und der Klimakatastrophe an innere und äussere Grenzen. «Zurück zu normal gibt es nicht mehr» gehört zu den meistgesagten Sätzen der Politiker\*innen. Als sei vor Januar 2020 irgend etwas «normal» gewesen.

*Nach vier Jahrzehnten stösst der neoliberale Kapitalismus heftig an innere und äussere Grenzen.*

Das zeigt sich nicht nur in der Dauerrettung des Finanzsystems, die seit mehr als einem Jahrzehnt täglich Tausende von Regierungsleuten und Bankern beansprucht. Die Systemkrise manifestiert sich auch in sehr handfesten Dingen. Schockiert nahm jetzt etwa die deutsche Öffentlichkeit wahr, wie sehr die Infrastrukturen ihres Wirtschaftswunderlandes, der europäischen Führungsmacht, auf den Hund gekommen sind. Brechende Brücken, marode

---

<sup>7</sup> Das Seco nennt seine Berichte zum Stand der Krise noch immer «Konjunkturtendenzen».

Schulhäuser, die Bahn und der lokale öffentliche Verkehr in Dauerkrise, blinde Flecken im Telekommunikationsnetz, schwerwiegende Rückstände bei der Digitalisierung und bei der umweltfreundlichen Energieerzeugung (Kohle!). Blackouts im Stromnetz. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung forderte, Erziehung und Ausbildung müssten dringend mit 120 Milliarden Euro, die kommunalen Infrastrukturen (Wasser etc.) mit 140 Milliarden Euro aufgebessert werden.

Die Gründe dafür liegen offen: Neoliberale Politik hat mit Steuersenkungen und Spardiktaten die öffentlichen Investitionen praktisch auf null runtergefahren, im Jahrzehnt 2002–2012 hat Berlin sogar des-investiert. *Eine klaffende Investitionslücke ist aufgegangen.* Mit unterschiedlicher Intensität trifft dies auf beinahe alle westlichen Länder zu.

- Die soziale Sprengwirkung neoliberalen Regierens. «Da ist etwas gründlich schiefgelaufen», konstatierte im Januar sogar das Davoser Weltwirtschaftsforum (WEF) beim globalen Stehtrinken der Weltenlenker. Mit Pomp wurde ein «Great Reset» verkündet – «Alles auf null!»: «Wir brauchen einen besseren, einschliessenden Kapitalismus.» Sie haben dazu ein neues «Davoser Manifest» formuliert. In einem «Alles-auf-null-Dialog zwischen Leaders» (Juni 2021) wurde das Thema diskutiert, wie «der Gesellschaftsvertrag» nach Covid-19 neu zu formulieren sei. Dass die wachsenden Ungleichheiten zu sozialen Aufständen führen könnten, ist in den kapitalistischen Leitgremien wie dem Internationalen Währungsfonds IWF ein heisses Thema – nun hat er dafür eigens ein Frühwarnsystem eingerichtet.<sup>8</sup>

*WEF: «Wir brauchen einen besseren Kapitalismus.»*

Den «besseren Kapitalismus» braucht man nicht für bare Münze zu nehmen. Moralische Motive sind es auch nicht, die zu solchen Einsichten führen. Den CEO eines Weltkonzerns wie Amazon (Umsatz 368 Milliarden Dollar, Börsenwert 1,8 Billionen Dollar) muss der «Great Reset» bei seinem täglichen Business nicht stören. Er kann weiter an der Zerschlagung des Detailhandels und an der Weltherrschaft seines Konzerns arbeiten.

Doch Propaganda allein ist es eben auch nicht. *Das eigentliche Thema heisst: Den Kapitalismus vor sich selbst retten.* Seit einiger Zeit sind in den Thinktanks des Kapitals, in den Universitäten und Organisationen wie der OECD, dem IWF oder der Weltbank zahllose Arbeiten unternommen worden, die radikal mit allem aufräumen, was die dominante neoliberale Ideologie behauptet. T.I.N.A. («There Is No Alternative»), der Kriegsruf der Neoliberalen<sup>9</sup>, gilt nicht mehr. Der Neoliberalismus wird saldiert (siehe Anhang 3).

Er war von Anfang an nur ein Rezeptbuch für die grosse Umverteilung von unten nach oben: *Finanzmärkte entfesseln. Steuern für Unternehmen und Reiche senken. Industrie auslagern, Gewerkschaften zerschlagen, Löhne drücken. Und schliesslich: Die öffentlichen Dienste schleifen. Privatisieren.*

---

<sup>8</sup> Die Studien von zwei IWF-Forschungsteams kamen im Sommer 2021 zum Schluss, dass nach Epidemien regelmässig schwere soziale Verwerfungen eintreten, wenn die Ungleichheiten vor der Epidemie schon hoch waren.

<sup>9</sup> T.I.N.A. war das Motto von Margaret Thatcher, die ab 1979 in Grossbritannien als erste Regierungschefin Europas beinhaltet das neoliberale Programm der «Chicago Boys» von Milton Friedman durchgesetzt hat, nachdem die das zuerst unter Pinochets faschistischer Diktatur in Chile geübt hatten.

Eine Weile lang konnte das Kapital damit seine Profite, die in den 1970er-Jahren dümpelten, rasant hochfahren. Spätestens die Krisen von 2001, 2008 und 2020 aber haben jeden neoliberalen Glaubenssatz als Lüge überführt. Das liegt Bidens Offensive und dem europäischen «Recovery»-Programm zugrunde: Neoliberale Strategien, die «kreative Zerstörung», die Demission der Politik haben die Wirtschaftskrisen, die soziale Spaltung, das Klima-Desaster erst mit angerichtet.

Wer sich die aufwendig gemachten «Great Reset»-Seiten des WEF anschaut<sup>10</sup>, begreift schnell, warum da gerade ein Paradigmenwechsel stattfindet: Das Kapital kann und will die Mehrfachkrise des eigenen Systems nicht beheben. Die Öffentliche Hand soll es richten. Ohne Hand an das Kapital zu legen, selbstverständlich. Was eine Menge neuer Fragen aufwirft.

## Beispiel: Die Pferdeäpfel-Theorie

Ideologischer Kern der neoliberalen Religion ist die «Trickle-down»-Theorie. Knapp gefasst behauptet sie: Je höher die Gewinne der Unternehmen sind, und je reicher die Reichen werden, desto mehr Arbeitsplätze würden geschaffen und umso mehr fälle für die grosse Mehrheit an Einkommen ab. Darum müssten die Steuern auf Vermögen, hohen Einkommen, Firmengewinnen, Wertpapier- und Finanzgeschäften rabiat gekappt werden. Denn die Aktionäre und Superreichen, so sagt der Neoliberale, investieren das gesparte Geld und schaffen damit neuen Wohlstand.

Tun sie nicht. Dieser Unsinn wurde auch als «Pferdeäpfel-Theorie» gehandelt: Gibst du dem Pferd viel Hafer, wird es so reichlich auf die Strassen scheissen, dass sich davon auch die Spatzen ernähren können. Wir Spatzen danken. Für die Besitzenden hat das funktioniert. Überall haben Politiker\*innen die Steuern auf einen Bruchteil gesenkt. Kaum jemand erinnert sich noch, dass vor noch nicht langer Zeit Steuersätze weit über 50 Prozent auf hohen Einkommen und Gewinnen üblich und akzeptiert waren. Die neoliberale Konterrevolution liess die Gewinne explodieren, ihr Wachstum liegt seither, etwa in der Schweiz, fast durchwegs über dem Wachstum der Wirtschaft. Der magergesparte Staat verlor seine wirtschaftliche Führungsrolle, die Öffentlichen Dienste wurden zurückgebaut (in der Schweiz ist ihr Stand dank direkter Demokratie und Referendum noch vergleichsweise hoch, aber auch hier gehen wachsende Lücken auf). Die Umverteilung von unten nach oben kam in Gang, und sie beschleunigt sich zusehends.

## Der Investitionsstreik des privaten Kapitals

Hingegen blieben die versprochenen volkswirtschaftlichen Effekte aus. Die Investitionen brachen weg.<sup>11</sup> Die Besitzenden trugen ihre Gewinne in die entfesselten Finanzmärkte, wo höhere und schnellere Profite als in der Produktion lockten. Mangels Investitionen wuchs die Produktivität langsamer. Und das Kapital teilte Produktivitätsgewinne auch nicht mehr mit den Arbeitenden. So hat das Kapital seinen Anteil am geschaffenen volkswirtschaftlichen Wert zulasten der Arbeitenden erhöht. Die «Lohnquote» sinkt.

Kürzlich gaben David Hope von der London School of Economics und Julian Limberg vom King's College der neoliberalen Sickertheorie den Rest. Sie haben in 18 Ländern den Zusammenhang

---

<sup>10</sup> [weforum.org/great-reset](https://weforum.org/great-reset)

<sup>11</sup> Investitionen sind eine Grundbedingung jeden Wirtschaftens. Das begann damit, dass man einen Teil der Ernte nicht konsumierte, um für die nächste Ernte anpflanzen zu können.

zwischen Steuersenkungen und wirtschaftlicher Entwicklung über 50 Jahre untersucht. Befund: Nichts sickert, der Trickle-down-Effekt ist Betrug. Weder Steuersenkungen noch die Deregulierung der Arbeitsmärkte haben die Investitionen angetrieben. Nur die Gewinne stiegen. Julian Limberg: «Blicken wir zurück, stellen wir fest, dass die Zeit mit den höchsten Steuern für die Reichen – die Nachkriegsperiode – die Zeit mit dem höchsten Wachstum und der tiefsten Arbeitslosigkeit war.»

Unter Ökonom\*innen gilt längst als gesichert: *Ein Franken, den der Staat ausgibt, schafft mehr wirtschaftlichen Auftrieb als ein Franken, den die Besitzenden an Steuern sparen.*

*Die Arbeitslosigkeit war tief,  
als die Steuern für die Reichen hoch waren.*

Der Investitionsstreik des privaten Kapitals ist der Grund für die monumentalen Investitionsprogramme der USA und der EU. Das private Kapital ist in Sezession zu den Volkswirtschaften und den Gesellschaften gegangen. Es wird die ökonomische Krise nicht lösen. Ebenso wenig die soziale Krise und ganz gewiss wird es nichts gegen die Klimakatastrophe tun. Es sei denn, man zwingt es dazu. Dennoch feiern neoliberale Zerstörer wie der französische Präsident Emmanuel Macron «Trickle-down» weiter als Ausweg aus der Krise. Auch die meisten Schweizer Politiker\*innen freuen sich auf viel frischen Pferdemist. Sie glauben, auf einer Insel der Glückseligen zu leben. Ihr Erwachen wird fürchterlich sein.

## Die ökonomische Bedeutung des Service public

Für die Volkswirtschaft der Schweiz sind die Öffentlichen Dienste von zentraler Bedeutung. Direkt, als produzierende Branche (etwa Kommunikation und Datennetze, Transport, Logistik, Information, Ausbildung, Gesundheit, Forschung etc.). Und indirekt: Der Service public stellt die Grundlagen sicher, auf die jede Wirtschaft baut. Dazu gehören nicht nur Infrastrukturen, sondern auch Rechtssicherheit, chancengleicher Zugang zu lebenswichtigen Diensten, soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich, Lebensqualität, ökologische Sicherheit, persönliche Freiheiten, territoriale Kontinuität und etliches mehr. Die Arbeitsbedingungen im Service public setzen soziale Standards. Wir haben diese Funktionen der Öffentlichen Hand, die Gemeinbesitz sind oder sein müssten, in unserem Papier «Service public: modern und krisentauglich» gefasst. Ohne Service public wäre die Schweizer Wirtschaft nur ein Schatten ihrer selbst.

- Rund 850 000 Menschen<sup>12</sup> verdienen ihr Brot im Service public und seinen Unternehmen.
- Der Service public produziert rund ein Viertel der nationalen Wertschöpfung.
- 31 Prozent des BIP (in wirtschaftlich schlechten Jahren mehr) laufen durch die Öffentliche Hand.
- Das öffentliche Beschaffungswesen sorgt allein für 8 Prozent des BIP.
- Innovation und Forschung: Oft werden nur die Universitäten und Forschungsinstitute erwähnt, aber auch die öffentlichen Betriebe sind zentrale Innovationsträger.
- Die realen Subventionen und Transferleistungen von der öffentlichen Hand zu den Unternehmen sind nur teilweise ausgewiesen. Manche sind in Franken schwer zu fassen

---

<sup>12</sup> Es könnten auch mehr sein. Es gibt in der Schweiz keine aktuelle und verlässliche Branchenstatistik für die Öffentlichen Dienste.

(etwa die implizite Staatsgarantie für die Grossbanken). Insgesamt aber sind diese Transfers öffentlichen Geldes und die anderen Leistungen des Staates ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor.

- Der Sektor Service public ist ein Krisenstabilisator: Sank das BIP in drei von vier Covid-Quartalen, erhöhten die Öffentlichen Dienste in allen vier Quartalen ihre Wirtschaftsleistung. Das Gleiche gilt für den staatlichen Konsum.

## Der letzte Investor – und seine Probleme

Privates Kapital, das sich zu immer unvorstellbareren Vermögen auftürmt, ist nicht in der Lage oder (eher) nicht willens, das eigene Wirtschaftssystem zu nähren, es zu modernisieren und in Schwung zu halten. Es hat sich in die Finanzmärkte verflüchtigt (und die spielen eben genau diese Investitionsfunktion nicht mehr oder nur noch unzureichend).

Seit Mitte der 1970er-Jahre sind die Investitionen stetig gefallen. 2001, dann mit der Finanzkrise 2008 sind sie regelrecht weggebrochen. Nun, in der «Covid-Krise» erneut. Die Nettoinvestitionen pendeln derzeit um die 2 BIP-Prozente. Viel zu wenig, um die Digitalisierung zu meistern, Arbeit zu schaffen oder die Wirtschaft klimafreundlicher zu gestalten. Zahlreiche Betriebe geben an, in der «Covid-Krise» stark in die digitale Aufrüstung investiert zu haben. In den neusten Statistiken des Seco und des BFS hat dies aber noch keine markanten Spuren hinterlassen.<sup>13</sup>

Wenn aber, wie sich das in EU und USA abzeichnet, die Öffentliche Hand diese Investitionsfunktion übernehmen muss, stellt sich die Frage nach der Rolle des Service public völlig neu. Privatisierungen kann es dann nicht mehr geben, die Steuerordnung muss gerechter aufgestellt werden.

*Wenn öffentliche Investitionen die Investitionslücke des Kapitals füllen müssen, rückt der Service public ins Zentrum.*

Zu tun gäbe es genug. Kleiner Auszug aus der To-do-Liste für Investoren: Im Lockdown sind die Telco-Netze an Kapazitätsgrenzen gestossen, sie brauchen einen Investitionsschub. Bei der Digitalisierung ist die Schweiz bestenfalls Mittelfeld, vielleicht auch abgehängt. Das ist dumm, denn die digitalen Produktivitätsfortschritte könnten eine starke Reduktion der Arbeitszeit ermöglichen.

Überhaupt hat niemand (die Gewerkschaft syndicom ausgenommen<sup>14</sup>), die gesellschaftlichen Chancen einer sozialen Digitalisierung ausgelotet. In den Digitalstrategien von Bund und Konzernen sind dafür keinerlei Investitionen vorgesehen.

Probleme wie der Datenschutz, die Datenhoheit der Einzelnen oder die digitale Spaltung der Gesellschaft liegen, noch nicht einmal ernsthaft angedacht, in irgendwelchen Gremien.

---

<sup>13</sup> Möglich, dass sich die digitalen Investitionen in künftigen Statistiken zeigen. Befragungen (etwa durch die KOF-ETH) aber zeigen, dass nur die grossen Unternehmen in die Digitalisierung investieren können. Da entstehen neue Ungleichgewichte und das erklärt auch die sich gerade stark beschleunigende Kapitalkonzentration.

<sup>14</sup> Siehe Broschüre «Arbeit 4.0» und die Beschlüsse der Delegiertenversammlung 2016 (!): «13 Thesen zur Digitalisierung».

Vielen neuen Techniken (Werkstoffe, Motoren, Speicherwerke, komplexe Steuerungsnetze, Robotik, Medizin, Blockchain, Künstliche Intelligenz etc.) geht es gleich: Spitzenforschung, aber in der Anwendung weit zurück.

Auch das Gesundheitssystem des Landes braucht entscheidende Impulse, etwa (aber nicht nur) mit der Rückgewinnung einer Produktion von Impfstoffen. Ebenso müssen neue ökonomische Modelle für den wachsenden Care-Sektor entwickelt werden.

Und erst die Ökologie ... Die Klimaerwärmung verlangt milliardenschwere Anpassungen der Infrastrukturen, der Logistik, der (zu verkürzenden) Warenkreisläufe, des Verkehrs, ebenso der Wasserversorgung und -aufbereitung, der Bodenbewirtschaftung ... Weiter Sprünge bei der nachhaltigen Energieproduktion und beim Konsum (allein schon die Isolierung der Häuser ist ein 10-Jahre-Vorhaben). Und wer packt die ökologische Modernisierung der industriellen Produktionstechniken an?

Dies alles könnte Zehntausende von Arbeitsplätzen schaffen. Wenn denn die Aus- und Weiterbildung (massenhafte «Re-Qualifizierung») ausgebaut würde.

Unterm Strich kämen da leicht 200 Milliarden Franken notwendige Investitionen der Öffentlichen Hand zusammen. Ist das viel? Es wäre leicht zu schaffen.

### Die 3 Quellen des Geldes

Die Öffentliche Hand kann sich heute vorerst nur über Steuern oder Schulden finanzieren.

- Bis zu einer gerechteren Steuerordnung (angefangen bei einer Krisengewinn-Steuer) und mit innovativen Steuerformen (Devisenumsatzsteuer etc.) liegen viele Milliarden ungenutzt begraben.
- Die Schuldensituation des Bundes bietet Spielräume. Aber warum soll sich die Öffentliche Hand über Schuldenpapiere den Besitzenden verdingen? Besser wäre es, der Bund holte sich das Geld bei der Nationalbank. Früher tat er das. Seit die Neoliberalen die «Unabhängigkeit» der SNB in Verfassung und Gesetz geschrieben haben, ist das ausdrücklich verboten. Ziemlich heuchlerisch: Die SNB kauft regelmässig grosse Teile der öffentlichen Schuldenpapiere auf dem «Sekundärmarkt» ein, die privaten Anleger streichen den Gewinn ein.

*Die «Unabhängigkeit» der Nationalbank ist ein neoliberaler Restposten, den wir schnell liquidieren sollten.*

- Das ist unsinnig. Eigentlich gehört die SNB zum Service public. Der Bund könnte, dritte und beste Quelle, das Geld direkt schöpfen. Kein Zufall, dass es in der aktuellen Krisenlage dazu eine neue Geldtheorie gibt, die an angelsächsischen Universitäten und in der internationalen ökonomischen Debatte gerade Furore macht: die Modern Monetary Theory. Stephanie Kelton, eine ihrer prominenten Vertreter\*innen, sass in Joe Bidens Wahlkampf-Team.

Kurzum: Geld ist nicht das zentrale Problem. Es gab noch nie so viel und es war noch nie so billig. Brisanter sind ein paar andere Fragen: Welche Investitionen sind prioritär? Wem sollen sie nützen? Wie viel wird eingesetzt? Wer entscheidet?

*Aus Sicht des Gemeininteresses und der öffentlichen Sache fragen wir: Wie und wo kann sich der Staat die Mittel beschaffen, um Unheil von den Bewohner\*innen des Landes abzuwenden? Was kann die Öffentliche Hand tun, um ihnen Sicherheit, Freiheit und Chancen der persönlichen Entfaltung zu verschaffen, in einer Welt immer heftigerer Wirtschaftskrisen, wachsender sozialer Unsicherheit, Seuchen und aufgeheizter Ökosysteme?*

## **Der Service public ist der richtige Motor**

Etwas Unentschiedenes irritiert an den heute überall aufgelegten Investitionspaketen: Sie klären nicht, ob die Öffentliche Hand nur zum «letzten Investor» wird, wie die Banken und Konzerne sie zum «*last lender*», zum Selbstbedienungs-Geldschrank gemacht haben. Oder ob diese Programme tatsächlich mit einem Wechsel des Kommandos verbunden sind.

Es wäre sehr helvetisch, aber inakzeptabel, wenn die Öffentliche Hand am Ende gigantische Summen investieren würde, um die Investitionslücken des privaten Kapitals zu stopfen, ohne damit die Hand über die Gestaltung des digitalen, ökonomischen und ökologischen Wandels zu erlangen. Das kennen wir zur Genüge: Sozialisierung der Kosten (Verluste), die Gewinne aber für das Privatkapital.

Wir schlagen ein besseres Modell vor: das Prinzip Service public. Entscheiden müssen die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Höhe der Profite, die aus diesen Investments gezogen werden könnten. Ein verstärktes öffentliches Engagement müsste die Frucht einer demokratischen Verständigung darüber sein, welche öffentlichen Investitionen wünschbar und notwendig sind. Erst dann sollen die Finanzierung und die Modalitäten bestimmt werden.

*Das bessere ökonomische Modell  
ist das Prinzip Service public.*

Dabei müssen wir drei Regeln hochhalten. Niederschwelliger Zugang für alle, überall. Transparente, flexible und starke Antworten für die realen Bedürfnisse. Und Kontrolle durch die Öffentliche Hand, respektive durch die Betroffenen.

So dürfen etwa sensible Datenbanken niemals in die Hände von privaten Konzernen gelegt werden (Digitale Identität, Patientendossiers etc.). Ob 5G oder ein anderer Netzausbau – es geht darum, dass die Netze besser werden *und* in öffentlicher Hand bleiben. Datenhoheit, Versorgungssicherheit (Logistik) und Ermächtigung der Arbeitenden (Wirtschaftsdemokratie, lebenslanges Lernen etc.) müssen bestimmende Werte sein. Und so wie die Dinge liegen, wird ein starker Service public scharfen Druck aufbauen müssen, um den ökosozialen Umbau der Schweiz tatsächlich durchzusetzen.

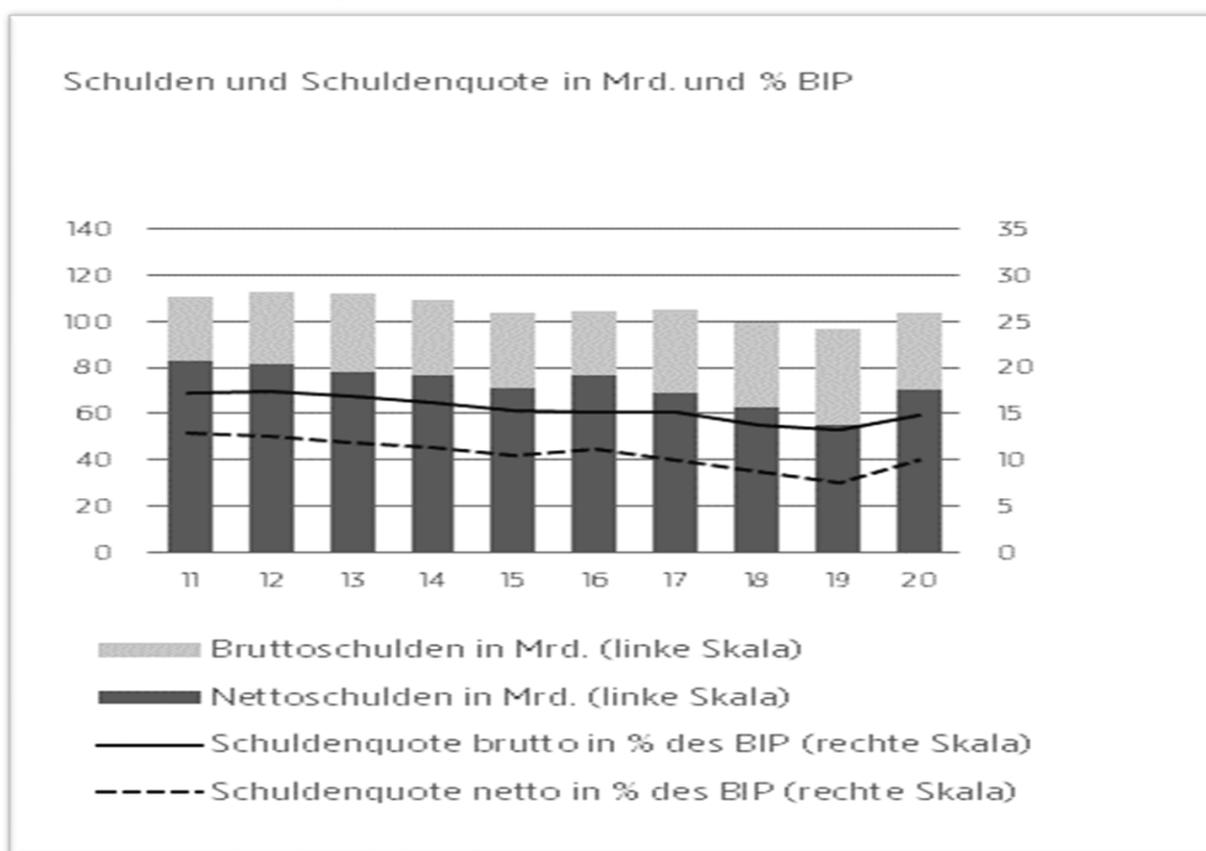
Heute ist höchste Zeit für das ökonomische Prinzip Service public. Der Neoliberalismus ist eine tote Religion. An uns, sie zu entsorgen.

## Anhang 1: Der Mythos von der Corona-Schuld. Die Fakten zu den Schulden der Eidgenossenschaft

Das Gerede über die öffentlichen Schulden der Schweiz ist neoliberaler Klassenkampf von oben. In Wahrheit sind unsere Schulden gering. *Auf der Schulden-Länderliste des Internationalen Währungsfonds (IWF) steht die Schweiz an 119. Stelle.*

Japan weist Schulden in der Höhe von fast 270 Prozent seiner Wirtschaftsleistung (BIP) aus. Die USA rund 160 Prozent des BIP (und falls die gigantischen Investitionsprogramme der neuen Regierung real werden, bald gegen 200 Prozent). Der Euroraum liegt über 100 Prozent. Sogar Europas Sparvogt, Deutschland, strebt gerade den 80 Prozent zu. Die Eidgenossenschaft hingegen steht, in BIP ausgedrückt, nur gerade mit 15 Prozent in der Kreide; nach Abzug der Finanzvermögen, also in Nettoschulden ausgedrückt, *sogar nur mit 10 Prozent*. Sagt das Finanzdepartement. Je nachdem, wie man die Vermögenswerte einschätzt, kann die Nettoverschuldung sogar tiefer liegen. Die *OECD*, die Organisation der führenden Wirtschaftsnationen, hat auch gerechnet. Ihr Ergebnis: *Die Nettoschulden der Schweiz liegen bei 0,3 Prozent. Null. Zéro. Nichts.*

### Grafik 1: Die Verschuldung des Bundes



Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement

*Die Bruttoschulden der Eidgenossenschaft betragen 15 Prozent des BIP.  
Netto sogar nur 10 Prozent.  
Wenn man der OECD glaubt, gar knapp über null %.*

Rechnet man die Bruttoschulden der Kantone, der Gemeinden und der Sozialversicherungen dazu, weist die offizielle Statistik eine öffentliche Schuld von 44 Prozent des BIP aus. Diese Zahl, die immer noch tief ist, mit der aber immer wieder Stimmung gegen die Öffentliche Hand gemacht wird, ist wertlos. Erstens handelt es sich um Bruttoschulden. Davon müsste man die riesigen Vermögenswerte von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen abziehen, um die Nettoverschuldung auszuweisen (es macht wenig Sinn, wenn ich über 10 000 Franken Schulden klage, aber auf meinem Konto 100 000 Franken besitze). Allein die Kantone weisen ein Nettovermögen von 40 Milliarden aus. Zweitens hat das BFS diese Schulden zum «Marktwert» gerechnet. Das ist absurd. Zwar werden die Schuldenpapiere der Schweiz auf dem «Markt» über ihrem Wert gehandelt, aber zurückbezahlt wird nur der Nominalwert. Würde man die Maastricht-Kriterien anwenden, läge die Schweiz, alles inbegriffen, bei weniger als 30 Prozent des BIP. Und dies brutto! Drittens sind in dieser Bruttorechnung alle internen Verbindlichkeiten und Finanzflüsse mitgerechnet, also etwa, was der Bund den Kantonen oder den öffentlichen Betrieben versprochen hat. Also zum Beispiel auch die Investitionen, etwa in die Netze.

*Gibt die Öffentliche Hand Geld aus, schafft  
sie Werte und Zukunft.*

Hier wird noch ein anderer Zusammenhang deutlich: *Gibt die Öffentliche Hand Geld aus, und verschuldet sie sich dafür, schafft sie auf der anderen Seite neue Werte. Sie investiert.* So viel zum Thema «Schuldenberg für Kinder»: Die erben vor allem Jobs, Strassen, Schulen, Spitäler, moderne Kommunikationsnetze, funktionierende öffentliche Dienste, Ausbildungsplätze und sichere Sozialversicherungen etc., die mit diesem Geld finanziert wurden. Zudem erben sie auch die Schuld-Obligationen des Staates, die ihr Geld wert sind.

### **Billige Schulden**

Doch der entscheidende Punkt in dieser verfälschten Schulden-Debatte ist ein anderer: Es ist üblich, Schulden in % des BIP auszudrücken. Nur sagt diese Zahl wenig aus, denn dabei wird eine langfristige Belastung (Schulden laufen auf 10, 20 oder mehr Jahre) mit der aktuellen Wirtschaftsleistung in einem einzigen Jahr verglichen.

Entscheidend ist *nicht die Höhe der Schuld, sondern die Belastung durch den Schuldendienst* im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Oder, um einen noch strengeren Massstab anzulegen: Wie hoch ist der Anteil des Schuldendienstes an den Ausgaben des Bundes?

*2021 muss der Bund weniger als 1 Prozent  
seiner Ausgaben für den Schuldendienst einsetzen*

Das ist das richtige Mass, denn anders als ein Haushalt *bezahlen Staaten mit eigener Währung ihre Schulden in der Regel nicht zurück* – sie legen sie bloss um.

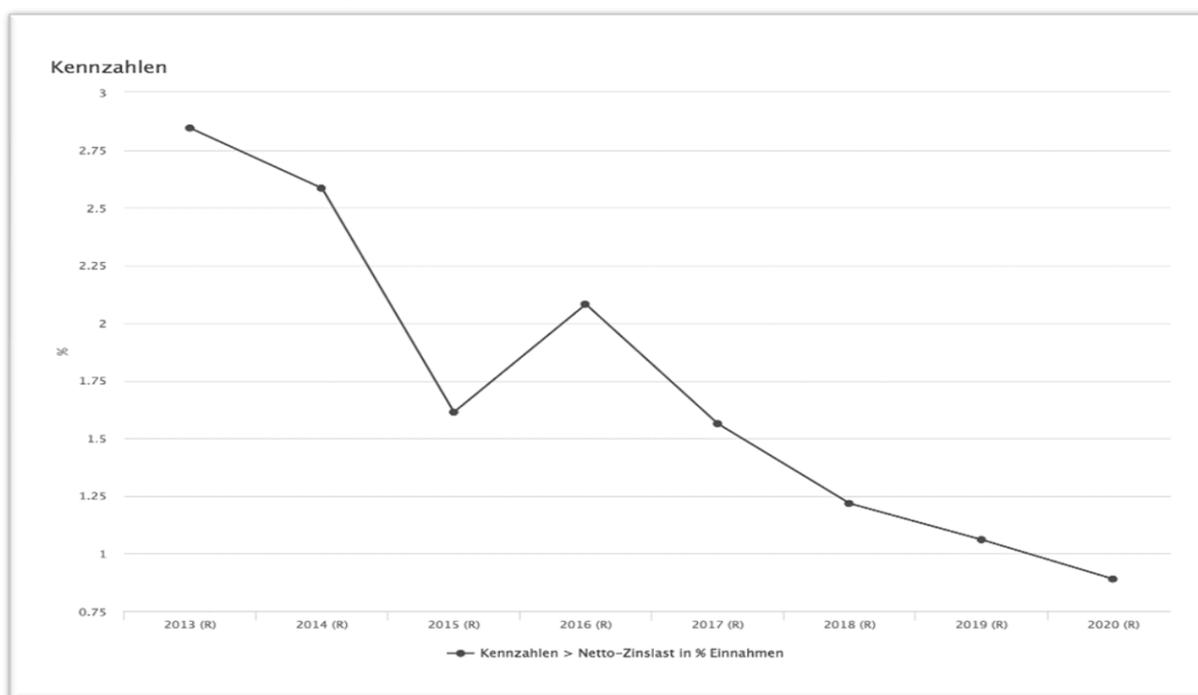
Die Schweiz tut dies seit einigen Jahren nicht nur billig, sondern sogar mit Gewinn. Die Zinsen, die der Bund auf neue Anleihen bezahlt, schwanken zwischen null und fast gar nichts (0,25 %).<sup>15</sup> Darum sind die Renditen dieser Papiere durchs Band negativ: *Die Anleger bezahlen dafür, dass sie der Schweiz Geld leihen dürfen.*<sup>16</sup> Ausserdem: Wenn die Eidgenossenschaft in 10 oder 20 Jahren die Anleihe zurückbezahlt, ist dieses Geld real weniger wert als heute (die Schweiz gewinnt ein zweites Mal).

So sind zwar die Schulden der meisten reichen Länder gewachsen, gleichzeitig aber hat die Last ihres Schuldendienstes stark abgenommen.<sup>17</sup>

Besonders deutlich zeigt sich dies in der Schweiz (siehe Grafik 2): 2021 muss die Eidgenossenschaft nur noch gerade knapp 0,9 Prozent ihrer Ausgaben für die Bedienung der Schulden aufwenden. *Bezogen auf das BIP bewegt sich die Schuldenlast unter einem Promille.*

Allein die Stempelsteuer, welche die Rechte jetzt abschafft, bringt 3x mehr Franken ein, als der Bund für seine gesamten Schulden zinst. *Wir bezahlen die Schulden quasi aus der Kaffeekasse.*

## Grafik 2: Die Zinsbelastung



Quelle/Grafik: Eidgenössische Finanzverwaltung

<sup>15</sup> [www.snb.ch/de/mmr/reference/ch\\_bonds\\_res/source/ch\\_bonds\\_res.de.pdf](http://www.snb.ch/de/mmr/reference/ch_bonds_res/source/ch_bonds_res.de.pdf)

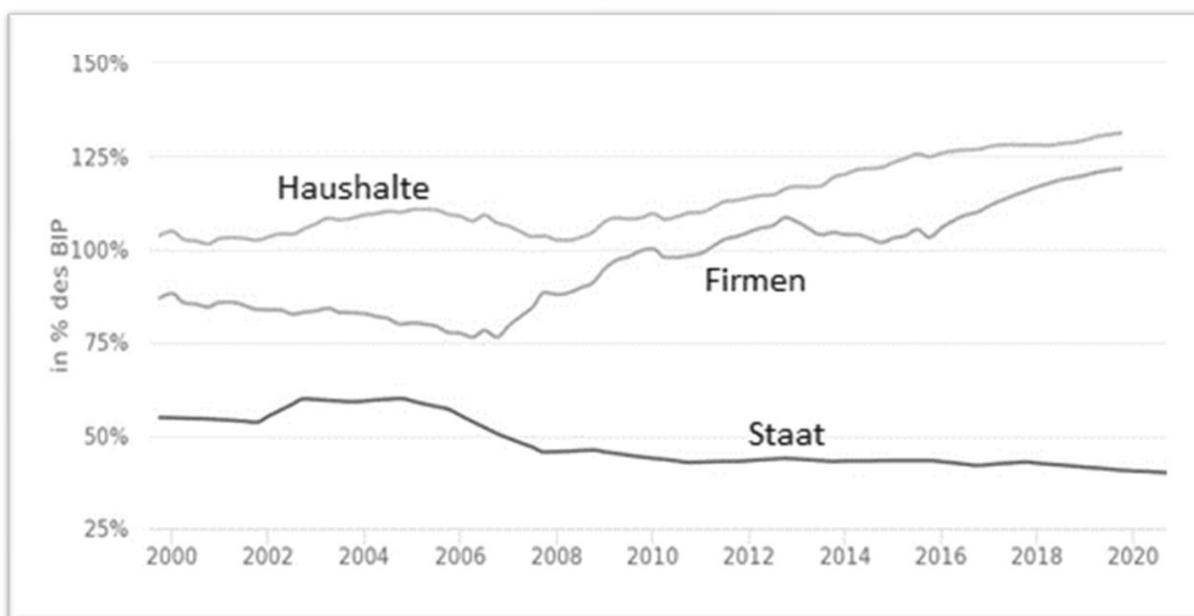
<sup>16</sup> Die schlechte Nachricht dabei ist: Sozialversicherungen wie die Altersvorsorge können unser Geld nicht mehr «mündelsicher» in Staatsobligationen anlegen. Ein bisschen höhere Schulden (und Zinsen) wären also durchaus wünschenswert.

<sup>17</sup> Eine notwendige Klärung: Dies gilt nur für die reichen Länder des Nordens mit eigener Währung oder einer gemeinsamen Währung. Lebt Japan mit 270 BIP-% Schulden komfortabel, musste Tunesien mit 100 % im Sommer 2021 melden, es zerschelle gerade an der «Schuldenmauer».

Ergänzung: Im Voranschlag 2021 schlägt der Zinsaufwand gerade noch mit 689,8 Millionen Franken zu Buche.

So gut wie alle Schweizer Unternehmen wären über ein solches Verhältnis von Umsatz und Schuldzinsen übergücklich. Die Firmen haben Schulden von fast 120 Prozent des BIP aufgehäuft (private Haushalte: 130 Prozent). Darüber reden die bürgerlichen Politiker\*innen selten. Lieber attackieren sie die Finanzen des wichtigsten Wirtschaftssektors der Schweiz: Des Service public.

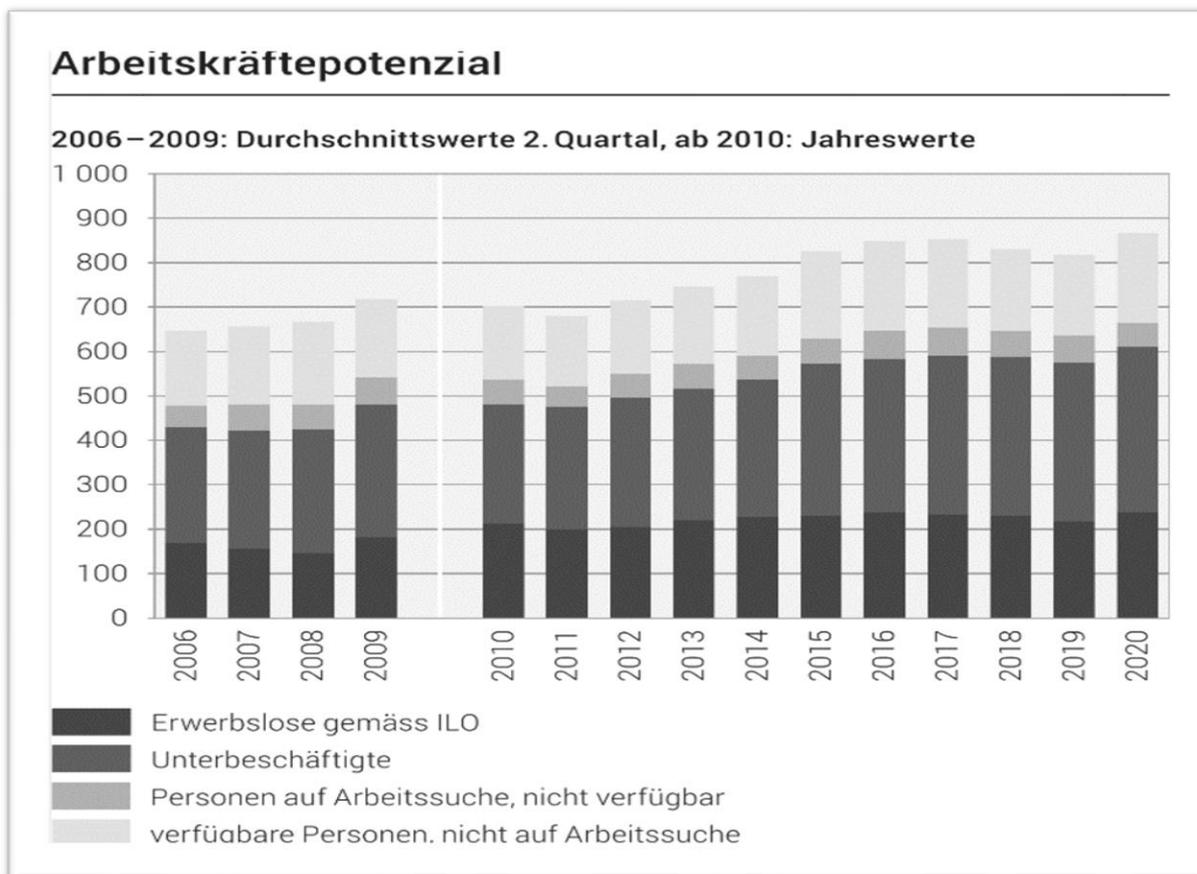
### Grafik 3: Private und öffentliche Verschuldung der Schweiz



Quelle: Seco, «Die Volkswirtschaft»

Die Staatsschulden sind hier noch zu hoch ausgewiesen, weil es sich dabei um «Bruttoschulden» handelt (siehe oben). Bei den Firmenschulden ist der Bankensektor, der gigantische «Verbindlichkeiten» im Keller hat, noch nicht einmal eingerechnet.

## Anhang 2: Unterbeschäftigung



Quelle: BF – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) ©BFS 2021

Die offiziellen Arbeitslosenzahlen (die übrigens extreme regionale Ungleichgewichte zeigen, die Romandie und das Tessin sind stärker betroffen) verschleiern einen wichtigen Zusammenhang: 12,5 % würden gerne arbeiten oder mehr arbeiten. Das zeigt die schweizerische Arbeitskräfteerhebung, SAKE.

Bedenklicher noch: Der Trend geht Richtung höhere Arbeitslosigkeit. Zum einen wegen rationalisierenden Digitalisierungen. Zum anderen zeigen alle Früh-Indizes im Sommer 2021 schon wieder (und trotz der Billionenprogramme) Abkühlungstendenzen, etwa beim Welthandel. Und der Mergers-and-Acquisitions-Index, der Firmenübernahmen registriert, hat scharf angezogen: Vor allem KMU werden in der Schweiz gerade in grosser Zahl von Konzernen und Fonds übernommen. Das kündigt die Zerstörung vieler Jobs an.

## Anhang 3: Das ideologische Gerümpel in unseren Köpfen wegräumen

Heute lesen wir von jenen, die eben noch «TINA!» riefen, all das, was die Kritiker\*innen des neoliberalen Kapitalismus schon länger beschreiben:

- Steuersenkungen bringen keine Investitionen, kein Wachstum und keinen Wohlstand hervor – ganz im Gegenteil.
- Sparen bei der Öffentlichen Hand ist keine Tugend, sondern volkswirtschaftlicher Irrsinn.
- Ungleichheit motiviert nicht, wie die neoliberalen Milton Friedman und Friedrich von Hayek postuliert hatten, sondern tötet Innovation, Gesundheit, Lebenserwartung und Sicherheit.
- Die «kreative Zerstörung», mit der die Neoliberalen die Attacken auf Öffentliche Dienste und den sozialen Staat begründet hatten, bringt nichts hervor – sie zerstört nur.
- Die Herrschaft des Finanzkapitals ist keine Chance auf mehr Gewinn, sondern die grösste Geissel der Menschheit und eine Gefahr für die Gattung. Die monetaristische Theorie (die Geldmenge muss so knapp wie nötig gehalten werden) war ökonomisch falsch.
- Finanzmärkte regulieren sich nicht selbst, im Gegenteil: Sie richten regelmässig gigantische Krisen an, bei denen Substanz und Wohlstand vernichtet wird.
- Fossile Energien sind keine lohnenden Investments. Vielmehr beschädigen sie die Zukunft. Ihre Folgen sind Gift für den Planeten, aber auch für die Volkswirtschaften und sie schmälern in den kommenden Jahren sogar die Gewinnaussichten von Banken, Fonds und Wirtschaft.
- Nur gut regulierte Märkte sind funktionierende Märkte.
- Und einiges mehr.

**syndicom**  
**Monbijoustrasse 33**  
**Postfach**  
**3001 Bern**

**[syndicom.ch](http://syndicom.ch)**